

Am Beispiel eines Corona-Monitorings befasst sich das Redaktionskollektiv mit der Frage nach Möglichkeiten solidarischen Handelns, wenn Ereignisse sich überschlagen, schwer einschätzbar und Handlungsfähigkeiten eingeschränkt sind.

Solidarisches Handeln in der Pandemie

Redaktion Corona-Monitor (Kontakt: coronamonitor@posteo.de)

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts griff die Tuberkulose in Frankreich um sich. Studien belegten bald, dass die Krankheit sich über die unsichtbare Weitergabe zwischen den Menschen übertrug. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse machten deutlich, dass selbst etwas scheinbar so Privates wie der gesundheitliche Zustand des eigenen Körpers gravierende Auswirkungen auf andere Menschen und die Gesellschaft als Ganzes haben kann (Kohn 2016). Die französischen Solidaristen, eine links-republikanische Strömung, sahen das Verbreitungsgeschehen der Tuberkulose als Veranschaulichung eines Vorgangs, der die Gesellschaftsmitglieder zunehmend voneinander abhängig mache, aber auch miteinander verbinde. Ausgehend von dem Aufzeigen wechselseitiger Abhängigkeiten, zielten sie darauf, das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft neu zu denken. Aus Sicht der Solidaristen sind es gerade diese „de-facto Solidaritäten“ (Émile Durkheim, zit. in Grosse Kracht 2017, 142), die die Bedingungen für individuelle Freiheit und Entfaltung überhaupt erst schaffen. Im Aufzeigen des Infektionsgeschehens sahen sie einen Ansatzpunkt, um den Individuen ihre Hypothek gegenüber ihren Mitbürger*innen zu verdeutlichen und daraus eine Verpflichtung zur gerechten Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen abzuleiten. In diesem Sinne sah der Solidarist Charles Gide selbst noch in einer von einer Pariser Polizeipräfektur erlassenen Verordnung, die das Ausspeien im öffentlichen Personennahverkehr verbot, ein Auftauchen der Solidarität im Recht.

Das Verständnis von Solidarität bei den französischen Solidaristen macht unseres Erachtens die Widersprüchlichkeit greifbar, in der sich Strategien solidarischen Handelns auch in der aktuellen Corona-Pandemie bewegen. Denn man kann die genannte Verordnung zur Eindämmung der Tuberkulose auch anders lesen: Als Auftauchen staatlicher Forderungen nach Disziplin und Kontrolle im öffentlichen Nahverkehr. Auch wenn Staatlichkeit selbst umkämpft ist, so bleibt sie doch stets Ausdruck und Teil gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse. Denn im und durch den Staat werden auch Faktoren und Strukturen aufrechterhalten und reproduziert, die selbst zu Krankheiten, sozialen Ungleichheiten und Entsolidarisierung führen können – bspw. durch krankmachende Arbeitsverhältnisse oder die Einschränkung des Zugangs zu Gesundheitsversorgung, etwa durch Privatisierungen.

Der Begriff „Solidarität“ sollte deshalb, so unser Vorschlag, eher als Indikator von Entwicklungen gedacht werden, also analytisch und nicht normativ: als ein wichtiges und sich veränderndes Diskurs-Fragment. Um dies zu ermöglichen, ist es wichtig, die Verwendung des Solidaritäts-Begriffs zu kontextualisieren. Ob er herrschaftsstabilisierende oder -herausfordernde Bedeutung annimmt, ist Teil von sozialen Auseinandersetzungen. Um die Frage dieser Auseinandersetzung ging und geht es im Projekt Corona-Monitor und dem daraus entstandenen Buch.¹ Es geht um Konflikte darüber, was „Solidarität“ bedeutet, angesichts der gesellschaftlichen Krisen, die die COVID-19-Pandemie ausgelöst wie exponiert hat.

Das Projekt Corona Monitoring

Wir starteten das Projekt Anfang März 2020, wenige Tage nachdem der erste Lockdown in Deutschland umgesetzt worden war. Im Lockdown und der folgenden relativen Isolation war eine gewisse Orientierungslosigkeit bei den Beteiligten aufgekommen. Denn dadurch, dass private und berufliche Kontakte wegbrachen, wurde der Austausch schwieriger, er verzögert sich oder brach ganz ab.ⁱ Diese Isolation schränkte den eigenen Meinungsbildungsprozess über das Geschehen ein und machte ihn damit stärker von den (sozialen) Medien abhängig. Die allgemeine Überforderung in der Pandemiesituation, der Kontrollverlust und die Vereinzelung, in der sich ein unmittelbares Zurückgreifen auf bekannte Reaktionsformen als nicht machbar erwies, liess Monitoring nunmehr als passende Strategie erscheinen, um Bedürfnisse nach Kommunikation, Gestaltungsmöglichkeit und Autonomie zu erfüllen.

Wir sammelten auf einem öffentlich zugänglichen Pad, einem online frei zugänglichen Textdokument, laufend Ereignismeldungen und Beiträge zu den Corona-Politiken, gemeinsam mit rund sechzig unsichtbar gebliebenen Aktiven,ⁱⁱ welche dazu beitrugen, dass die Datensammlung wuchs – und damit auch die Themenbereiche, zu denen gesammelt wurde. Die von Mitte März bis Ende Mai 2020 gesammelten Meldungen strukturierten wir und veröffentlichten sie als Blog auf unserer Webseite (www.coronamonitor.noblogs.org) sowie in einer Datenbank des Literaturverwaltungssystems Zotero. Ende April 2020 begannen wir dann, auch aktivistische und wissenschaftliche Beiträge zu aktuellen Auseinandersetzungen um die Folgen der Corona-Krise auf dieser Seite zu veröffentlichen.

Die Themen, zu denen Beiträge gesammelt wurden, umfassen Aspekte gesellschaftlicher Transformation durch die Corona-Pandemie, mit einem Fokus auf soziale Ungleichheiten. Das Pad und der daraus entstandene Blog starteten mit Themenschwerpunkten im Bereich Kapitalismuskritik, Autoritarismus und sogenanntem Rechtsruck sowie dem allgemeinen Ereignismonitor, in dem die Beschränkungen des öffentlichen Lebens (Corona-Massnahmen) dokumentiert wurden. Im Laufe der Zeit kamen weitere Bereiche wie Verschwörungsdenken, Soziale Bewegungen, Rassismus, extreme Rechte, sowie zu Geschlechterungleichheit und Care-Arbeit hinzu.ⁱⁱⁱ

1 Das Buch *Corona und Gesellschaft. Soziale Kämpfe in der Pandemie*, herausgegeben von der Redaktion Corona-Monitor mit Beiträgen von Sozialwissenschaftler*innen und Aktivist*innen, ist im Oktober 2021 beim Mandelbaum Verlag (Wien) erschienen. Dieser Text ist eine gekürzte und bearbeitete Zusammenstellung von Teilen aus Einleitung und Schlusskapitel des Buchs.

Monitoring als solidarische kollektive Praxis

Im Unterschied zu einem betriebswirtschaftlichen oder regierungspraktischen Kontext ist Monitoring in unserem Kontext eine Methode, um staatliche Transformationsprozesse einordnen zu können. Die erste Phase der Corona-Pandemie bot in dieser Hinsicht besondere Dringlichkeit. Die Ereignisse überschlugen sich, staatliche, individuelle und kollektive Strategien formierten sich binnen Stunden und Tagen scheinbar vollkommen neu. Sie waren so für uns weder zu stoppen, noch hätten wir sicher sagen können, welche davon gestoppt werden müssten oder was aus unserer Sicht zur Eindämmung der Pandemie notwendig wäre, trotz einer grundsätzlich kritischen Haltung gegenüber autoritärem staatlichem Auftreten.

Ein Festhalten dieser Entwicklungen im Sinne eines Monitorings konnte dieser Überforderung entgegenwirken: Wir dokumentierten und archivierten staatliche Massnahmen, die schnell entschieden wurden, die nicht direkt ausreichend beurteilt werden konnten, aber die Gefahr autoritärer Verschiebungen oder der Verschärfung von Ungleichheiten mit sich brachten. Dies sollte dazu dienen, sie zu einem späteren Zeitpunkt einschätzen und Veränderungen oder Rücknahmen einfordern zu können. Das Monitoring ermöglichte, den Überblick zu behalten und die Schere zwischen coronabedingten Veränderungen und einer als adäquat befundenen Reaktion darauf erträglicher zu machen. Ausserdem wollten wir mit dem Sammeln kritischer Beiträge denjenigen Themen mehr Raum zu geben, die im aktuellen Umgang mit der Pandemie medial problematisch oder unterrepräsentiert erschienen.

Ein Merkmal unseres Monitorings war, dass es nur als kollektive Praxis funktionieren konnte. Grosse Datenmengen, die durch die Ereignismeldungen verschiedener Medien in den ersten Monaten der Pandemie produziert wurden, hätten nicht von wenigen Menschen oder nur einer Person dokumentiert werden können. Ein weiterer wichtiger Aspekt von Monitoring als kollektiver Praxis ist, dass die unterschiedlichen Perspektiven der Teilnehmenden die Bandbreite an Themen laufend erweitern.

Neben der Dokumentation und Kritik autoritärer Entwicklungen reflektierten wir auch aktuelle Eindämmungsstrategien bezüglich sozialer Ungleichheit. Schnell wurde klar, dass die Frage nach der "richtigen" Solidarität keine theoretische sein kann. Auch das Monitoring in dieser Form kann als ein Beitrag zu einer, neuen gesellschaftlichen Realitäten geschuldeten, solidarischen Praxis in der Pandemie betrachtet werden.

Der aus dem Projekt heraus zusammengestellte Sammelband ist ein Versuch einer ersten vorsichtigen Verständigung über das Geschehene und das Geschehende. Er zeichnet sich durch den lokalisierten und auf konkrete Kämpfe gerichteten Blick der versammelten Texte aus.^{iv} Darin scheinen auch Momente durch, die man als solidarisches Handeln bezeichnen kann.

Wir hoffen, mit dem Buch eine Debatte für eine linke, solidarische Praxis anstossen zu können. Denn es versammelt erste Analysen konkreter Fälle, auf deren Basis erste Forderungen für politische Ansatzpunkte diskutiert und entwickelt werden könnten. Nicht, um die Pandemie als Chance zu begreifen, wie es an mancher Stelle zynisch propagiert wird. Aber als Anlass, um sich der eigenen Handlungsfähigkeit bewusst zu werden. Wir freuen uns auf die Diskussion des Buches, z. B. während Buchvorstellungen, und die Nutzung der Daten, die weiterhin öffentlich zugänglich sind. Und wir würden uns freuen, wenn unser Monitoring andere dazu inspiriert, sich kollektiv zu Forschungen zu organisieren und bisherige weiterzuführen.

Quellen

Redaktion Corona-Monitor (Hg.), 2021: Corona und Gesellschaft. Soziale Kämpfe in der Pandemie. Wien

Grosse Kracht, Hermann-Josef, 2017: Solidarität und Solidarismus. Postliberale Suchbewegungen zur normativen Selbstverständigung moderner Gesellschaften. Bielefeld

Kohn, Margaret, 2016: The Critique of Possessive Individualism. Solidarism and the City. In: Political Theory, 44 (5), 603–628

i Die Beteiligten waren im wissenschaftlichen/universitären Kontext eingebunden und wurden über den Mailverteiler des "AK Kritische Geographie" zur Mitarbeit aufgerufen. Die Idee, kollektiv Ereignisse in einem digitalen Pad zu sammeln, ist auch aus dem Forschungsprojekt „Alltägliche politische Subjektivierung und das Erstarren regressiver Politiken. Abstiegsängste, Urbanisierung und Raumproduktionen in Frankfurt am Main und Leipzig“ von Daniel Mullis und Paul Zschocke im März 2020 entstanden.

ii Unter anderem aus dem Umfeld der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (ipb), des Netzwerks Kritische Migrationsforschung (Kritnet) und des AK Kritische Geographie.

iii Nicht alle Themen sind gleichermaßen auf dem Blog repräsentiert, wie z.B. die Rolle junger Menschen oder die Perspektiven von Menschen mit Ausgrenzungserfahrungen.

iv Die publizierten Texte haben einen Fokus auf Entwicklungen in Deutschland. Ein nationalstaatlich begrenzter Blick reicht selbstverständlich nicht aus, um eine globale Pandemie zu verstehen.